



# „Wischiwaschi“ oder wirkliche Weiterentwicklung

Bildungsvolksbegehren sehen Lackmuestest für Parlament – Amon (ÖVP) will Fristen für Umsetzung

Karin Riss

**Wien** – In der Chemie wird mit seiner Hilfe der Säure-Basen-Wert einer Substanz festgestellt. In der Politik geht es aktuell eher darum, ob die Initiatoren des Bildungsvolksbegehrens Anlass haben, sauer zu werden. Also dient ihnen der Lackmuestest als Sprachbild dafür, inwieweit es den Abgeordneten des Volksbegehrens-Unterausschusses ernst ist, die in weiten Bereichen erzielte Einigkeit auch in konkrete Handlungsaufträge überzuführen.

„Bloße Empfehlungen sind nicht das, was wir uns wünschen“, adressiert etwa der Präsident der Industriellenvereinigung, Veit Sorger, an die Parlamentarier. Unternehmensberaterin Gundi Wentner

sorgt sich, alles könnte „den österreichischen Weg gehen“ mit dem Tenor „Wir tun ja eh, es wird schon besser werden“, und verlangt: „Wir brauchen nicht den ein oder anderen Bildungsschauplatz, sondern eine große Bildungsreform.“ Ähnlich sieht das Ex-Rektorenchef Hans Sünkel. Er greift sich die „sehr merkwürdige Situation“ der Studiengebühren heraus und konstatiert: „Was hier stattgefunden hat (*die Entscheidung über die Einhebung von Studiengebühren in die Hände der Universitäten zu legen; Anm.*), das ist beschämend.“ Das Rektorat der

Medizin-Uni Wien entschied sich übrigens am Mittwoch, keinen Gebührenantrag zu stellen.

Volksbegehrensinitiator Hannes Androsch verknüpft den Umgang mit den Aus-

schluss-Ergebnissen mit der Frage des Selbstverständnisses des Parlaments. So werde sich zeigen, inwieweit die Abgeordneten „von außen gesteuerte Marionetten oder frei gewählte Abgeordnete“ sind. Und sollte das ganze eine „Wischiwaschi-Sache“ mit ein paar Anregungen für die Regierung und „vielleicht einer Enquete“ werden, hofft der ehemalige SPÖ-Vizekanzler auf einen von der Opposition herbeigeführten „Eklat“. Er selbst will in diesem Fall mit einem weiteren Volksbegehren Druck ausüben und Bildung zu einem „massiven Wahlkampfthema“ machen.

Der steirische Ex-Landesschulratspräsident Bernd Schilcher (ÖVP) ist sich aber ohnehin sicher, dass die Front für Reformen wie gemeinsame Ausbildung aller Pädagogen, verschränkter Ganztagsunterricht oder gemeinsame

Schule bröckelt: Nur noch der „harte Kern der ÖVP“, parteiintern auf rund fünf Prozent der Anhänger geschätzt, sei dagegen.

ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon geht davon aus, „dass wir zu einer Reihe von Entschliessungsanträgen kommen“, die aber anders als die von der Opposition geforderten Initiativanträge, keine Gesetzesvorlage sind, sondern reinen Empfehlungscharakter haben. Um dieses Manko wettzumachen, will Amon diese Entschlüsse „mit Terminen versehen“.

## Verpflichtende Fortbildung

Bei den laufenden Dienstrechtsverhandlungen will die Regierung Lehrer künftig zu Fortbildungskursen im Ausmaß von 15 Stunden außerhalb der Unterrichtszeit verpflichten. Das Brutto-Einstiegsgehalt soll für alle Lehrer bei 2420 Euro liegen.

SCHWERPUNKT:  
**Tests für  
Schule und  
Parlament**